

WICHTIGE GESETZESÄNDERUNGEN AM 1. JANUAR 2026

Sehr geehrte Mitglieder des WHV,

Im Folgenden finden Sie die wichtigsten Gesetzesänderungen, die am 1. Januar 2026 für KMU relevant sind. Diese Neuerungen betreffen vor allem die folgenden Themen:

- Neue Berufe, die der Stellenmeldepflicht unterliegen
- Neuerungen im Strafrecht
- Neue elektronische Identitätskarte (e-ID)
- Änderungen im Betreibungs- und Konkurswesen

Neue Berufe, die der Stellenmeldepflicht unterliegen

In Bezug auf die Stellenmeldepflicht wurden verschiedene Berufslisten ab dem 1. Januar 2025 aktualisiert. Um die Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten, sind folgende Schritte für jeden Arbeitgeber zu unternehmen:

1. **Überprüfen** Sie, ob die Stelle, die Sie neu besetzen wollen, zu den meldepflichtigen Berufen gehört. Einzelheiten finden Sie im [Check-Up 2026](#)
2. **Melden** Sie die Stelle einfach und rasch über das Portal [Job-Room](#) oder telefonisch ans RAV Ihrer Region
3. **Halten Sie eine Wartefrist von 5 Arbeitstagen ein**, während der die Stelle exklusiv für Kandidatinnen und Kandidaten vorbehalten bleibt, die im RAV gemeldet sind, bevor Sie das Stelleninserat über andere Kanäle verbreiten

Die Liste für den Bereich „Verkauf und Logistik“ wurde ab dem 1. Januar 2026 aktualisiert und umfasst nun die folgenden Berufe:

- Allrounder, Logistik
- Automatenbetreuer/in
- Call Center Agent/in
- Empfangshostess – **neu**
- Empfangskräfte – **neu**
- Event Manager/in
- Fachmann/frau Kundendialog
- Fachmann/frau Technischer Kundendienst/Service – **neu**
- Gabelstaplerfahrer/in
- Key Account Manager/in
- Kurier/in
- Leiter/in des technischen Kundendienstes/Service
- Marketing Manager/in
- Marketingleiter/in
- Reinigungsangestellter/in – **neu**
- Technischer Kaufmann/frau – **neu**
- Verkaufsingenieur/in – **neu**
- Verkaufsleiter/in
- Verpackungsangestellter/in
- Volkswirtschaftler/in – **neu**

Die Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) führt während dem Jahr Stichkontrollen durch, um die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen im Zusammenhang mit Artikel 121a der Bundesverfassung sicherzustellen.

Wenn Sie Fragen haben oder Unterstützung benötigen, wenden Sie sich bitte an Ihr Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV).

[Mehr erfahren](#)

Neuerungen im Strafrecht

Stalking (neuer Art. 181b StGB)

Nachstellung – umgangssprachlich bekannt als „Stalking“ – wird ab dem 1. Januar 2026 zu einem eigenständigen Straftatbestand. Die Tat wird auf Antrag mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

[Mehr erfahren](#)

Neue elektronische Identitätskarte (e-ID)

Neue e-ID

Die elektronische Identität (e-ID) wird in der Schweiz frühestens ab Mitte 2026 eingeführt. Ihre Verwendung ist freiwillig, kostenlos und über die Swiyu-App zugänglich.

[Mehr erfahren](#)

Änderungen im Betreibungs- und Konkurswesen

Mehr Schutz vor ungerechtfertigten Betreibungen

Seit dem 1. Januar 2026 können Personen, die von ungerechtfertigten Betreibungen betroffen sind, leichter verhindern, dass Dritte davon Kenntnis erhalten. Der neue Artikel 8a Abs. 3 Bst. d SchKG ermöglicht es insbesondere, die Offenlegung der Betreibung vom Ausgang der vom Gläubiger unternommenen Schritte abhängig zu machen. Wenn beispielsweise der Gläubiger einen Antrag auf Aufhebung der Betreibung stellt und dieser abgelehnt wird, hat der Schuldner künftig das Recht, die Nichtbekanntgabe der Betreibung zu verlangen.

Ebenso ist der Schuldner nicht mehr auf die einjährige Frist beschränkt, um ein Gesuch um Nichtbekanntgabe zu stellen. Ein solches Gesuch kann beim Betreibungsamt während der gesamten Dauer der Einsichtsmöglichkeit, das heisst während fünf Jahren, eingereicht werden.

[Mehr erfahren](#)